

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, KREISTAGSFRAKTION, BEELACKER
15A, 27619 SCHIFFDORF

Kreistag Cuxhaven

KREISTAGSFRAKTION

Christel Tecker
Fraktionsvorsitzende
Gabi Behrends
Stellv. Fraktionsvorsitzende
Daniela Göbel
Stellv. Fraktionsvorsitzende

Beelacker, 15
27619 Schiffdorf
Tel: +49 4703 228
CTecker@gmx.de

Antrag an den Kreistag im Landkreis Cuxhaven:

Schiffdorf, 18.01.2016

Die Mitglieder des Kreistages beschließen aus klima- und finanzpolitischen Gründen die sofortige Einstellung aller Planungen zum Bau der Autobahn 20

In den 60iger Jahren des letzten Jahrhunderts gab es erste Überlegungen zum Bau einer sogenannten Küstenautobahn, die aber zunächst nicht weiter verfolgt wurden. *Anfang* 2000 wurde in Verbindung mit den Planungen und dem Bau des Wesertunnels dieses Verkehrsprojekt wieder aufgenommen.

2003 wurde ein neuer Bundesverkehrswegeplan beschlossen und in diesem wurde die A 22 als weiterer Bedarf mit Planungsrecht und besonderem naturschutzfachlichen Planungsauftrag ausgewiesen.

Im Oktober 2005 wurde durch den damaligen niedersächsischen Wirtschaftsminister Walter Hirche die Planung der A 22 auf den Weg gebracht - obwohl er nur wenige Jahre zuvor, 1989, die A 22 noch ersatzlos hatte streichen wollen.

2007 wurde das Raumordnungsverfahren eingeleitet und 2009 stand die landesplanerische Feststellung.

Die Linienbestimmung erfolgte Mitte 2010 und der Name wurde in A 20 geändert. Von 7 geplanten Autobahnabschnitten wurde bisher nur für zwei das Planfeststellungsverfahren eingeleitet. Planfeststellungsbeschlüsse bestehen bisher keine.

Die geplante Autobahn führt auf eine Länge von 120 km, einer Trassenbreite von ca. 50 Metern und einer Fahrbahnbreite von 31 Metern durch die Landkreise Ammerland, Friesland, Wesermarsch, Cuxhaven, Rotenburg/Wümme und Stade.

Im gesamten Planungsraum befinden sich Streusiedlungen, ein sehr hoher Anteil von Mooregebieten, viele verkehrsarme, unzerschnittene Räume und europäische Schutzgebiete. Die A 20 ist als höchstes Umweltrisiko eingestuft.

Die Kostenschätzungen der geplanten A 20 lagen 2008 noch bei 880 Millionen Euro, kurze Zeit später bei 1,1 Milliarden Euro und 2015 nach offiziellen Angaben bei 1,35 Milliarden Euro.

Der Wirtschaftsrat der CDU e.V. hatte 2007 einen Gutachter beauftragt, um die tatsächlichen Kosten für 1 km Autobahn zu ermitteln. Die im gleichen Jahr vorgelegte Studie ergibt einen Betrag in Höhe von 26,8 Millionen Euro pro Kilometer Autobahn.

(Der Wert bezieht sich auf Kosten, die durch eine Erhebung aus 14 Neubauprojekten zwischen 1975 und 1995 ermittelt wurden).

Ausgehend von diesen Zahlen ergeben sich Gesamtkosten für die geplante Strecke von Westerstede bis Drochtersen von rund **3,2 Milliarden Euro!**

Die Kosten für den geplanten Elbtunnel in Höhe von ca. 3,4 Milliarden Euro müssten noch dazu gerechnet werden.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt fest:

- Die Planung der A 20 führt zu einem massiven Eingriff in die Umwelt.
- Die Landwirtschaft wird durch die A 20 mindestens 1000 Hektar an Agrarfläche verlieren; hinzu kommt noch etwa das Doppelte an Verlust für Ausgleichsflächen. Der zu erwartende Flächenverlust entspricht ca. 40 Vollerwerbsbetrieben.
- Die Planungen widersprechen nationalen und internationalen Zielsetzungen zum Klimaschutz, zum Erhalt von biologischer Vielfalt und unzerschnittenen Landschaftsräumen.
- Die A 20 zählt zu einem der teuersten Verkehrsprojekte in unserer Region.
- Eine gute Hinterlandanbindung der norddeutschen Seehäfen ist bereits mit der A 27, der A 29 und A 1 / 7 sowie Schienenwegen aus allen norddeutschen Häfen vorhanden.
- Mit der küstenparallel und grob Ost-West verlaufenden A 20 lässt sich die Hinterlandanbindung nicht verbessern, da 75 % der Warenströme aus/zu den norddeutschen Seehäfen Nord-Süd gerichtet sind.
- Die A 20 würde die Infrastruktur für die sog. ARA Häfen (Amsterdam, Rotterdam und Antwerpen) verbessern und für diese als Rollbahn in die skandinavischen und osteuropäischen Länder dienen. Dadurch würden mit deutschen Steuermitteln die Konkurrenten der norddeutschen Seehäfen gestärkt und an der deutschen Küste werden Arbeitsplätze und Existenzen vernichtet.
- Im ländlichen Raum regional agierende kleine und mittlere Wirtschaftsunternehmen, Handwerksbetriebe und Handel würden in Konkurrenz mit den durch die A 20 schneller zu erreichenden Wirtschaftszentren unter Druck geraten; Kaufkraft werde abfließen und Fachkräfte abwandern.
- Es liegen verkehrliche Alternativen vor, um den Verkehr im Elbe-Weser-Raum umweltverträglicher zu gestalten und lokale Verkehrsengpässe kostengünstiger, ohne die Verschwendung von Steuergeld, zu beseitigen.

Die auf der Klimakonferenz in Paris Ende vergangenen Jahres vertretene Weltgemeinschaft hat nachdrücklich bekräftigt, dass die globale Erwärmung auf unter 2 oder besser unter 1.5 °C gegenüber dem vorindustriellen Temperatur-Niveau gehalten werden muss, wenn die Folgen des Klimawandels wirtschaftlich beherrschbar bleiben sollen. Ein Temperaturanstieg um nahezu 1 °C als Folge der Emission von Treibhausgasen aus der Verbrennung fossiler Energieträger wurde 2015 bereits erreicht. Wenn Deutschland seine selbst gesteckten Klimaschutzziele und die, die sich aus dem Abkommen von Paris ergeben, erreichen will, sind deutlich stärkere Anstrengungen zur Verringerung der Treibhausgas-Emissionen erforderlich. Von allen Wirtschaftssektoren ist der Verkehr der einzige, bei dem bislang keine Minderung von Emissionen zu verzeichnen ist.

Mit jedem Neubau von Fernstraßen wird neuer Straßenverkehr induziert und damit einhergehend der Verstärkung der globalen Erwärmung Vorschub geleistet. Die geplante A

20 ist über das übliche Maß hinaus klimaschädlich. Mit ihrem küstenparallelen Verlauf verführt sie dazu, Fracht vom Seeschiff auf den vielfach (pro Tonnenkilometer) emissionsstärkeren LKW zu verlagern. Da die geplante Trassenführung der A 20 u.a. durch große Moor- und Marschgebiete führt, würden zusätzlich bei deren Aufbruch erhebliche Mengen des darin gebundenen Kohlendioxids freigesetzt. Küstennah zwischen den Mündungen von Elbe und Weser gelegen mit einer über weite Bereiche natürlichen Geländehöhe nur wenig über oder sogar unter dem momentanen mittleren Meeresniveau ist der Landkreis Cuxhaven unmittelbar und erheblich von der mit der globalen Erwärmung einhergehenden Meeresspiegelerhöhung bedroht.

Aus den o.g. Gründen fordern die Mitglieder des Kreistages den Landkreis dazu auf:

- das Land Niedersachsen aufzufordern, sich bei der Bundesregierung für das Einstellen der Planungen einzusetzen
- die Entwicklung verkehrlicher Alternativen voran zu treiben,
- zum Beispiel durch die Pflege und Förderung der vorhandenen oder neu zu schaffenden, umweltschonenden Verkehrsträger und der Verknüpfung zwischen Schiene, Wasserweg und Straße
- weitere Maßnahmen auf den Weg zu bringen, die zu einer Reduzierung der Emission von Treibhausgasen in unserer Region führen.

Weitere Begründung erfolgt mündlich

A handwritten signature in black ink, reading "Christel Tecker". The signature is written in a cursive, flowing style with a large initial 'C'.

Christel Tecker
und Fraktion